



Buchbesprechung von Dr. Walter Meier-Solfrian:

Heiner Flassbeck¹: Zehn Mythen der Krise. edition suhrkamp digital, 2012. 61 Seiten

Ein nettes kleines Büchlein. Aber oho, da wird gründlich entmythologisiert, und zwar die weit gestreuten Weisheiten der „Mainstream-Ökonomen“. Für einen solchen Fachmann „stehen, anders als für den Naturwissenschaftler, die Ursachen für Schocks und Krisen, die man anhand objektiver Daten und mithilfe logischen Denkens ermitteln könnte, nicht im Vordergrund. Im Gegenteil: Sein Weltbild sagt ihm, dass er ohne grosse Umwege über die Faktenlage nach solchen Ursachen suchen sollte, die mit staatlichem Handeln im weitesten Sinne zu tun haben. Nach Problemen im Markt selbst zu suchen empfindet er als Zeitverschwendung, weil er ja weiss, dass der Markt effizient ist und nicht durch die Analyse eines Ökonomen verbessert werden kann. Der Mythos des unfehlbaren Marktes und des extrem fehlbaren Staates überlagert jeden Versuch einer objektiven Ursachenanalyse.“ (Aus Einleitung).

Mythos I „Die Finanzmärkte sind effizient und fördern unseren Wohlstand“.

Das Wunderland von Märkten in harmonischem Gleichgewicht gibt es fast nur noch in den – allerdings nach wie vor benützten – Lehrbüchern. Und in den Köpfen der meisten Politiker, dank ‚ihrer‘ Ökonomen. Am falschesten ist das brave Harmoniemodell bei den Finanzmärkten. Da kauft ein Akteur z.B. Aktien der Firma F nur weil er erwartet, und das auch aktiv fördert, dass andere das Gleiche tun, ganz unabhängig vom realen Geschäftsgang von F. Mit solchen Herdenbildungen produziert der Finanzmarkt systematisch falsche Preise. Das betrifft auch die umfangreichen Spekulationen mit Devisen, Derivaten, Rohstoffen, usw. Der resultierende Schaden für die Menschheit ist unermesslich.

In **Mythos II** wird die Untätigkeit der Regierungen beklagt. Da wirkt z.B. der permanente Druck der Lobbys, die widersprüchliche Hilflosigkeit der Experten und parlamentarischen Parteisoldaten. Zudem möchte man im internationalen, ebenfalls meinungsvielfältigen Rahmen, etwa der G20, ja nicht unangenehm auffallen.

Mythos III: „Die Staatsschulden sind die eigentliche Ursachen der Krise“. Der Autor zeigt aber, dass die Staatsschulden erst nach Ausbruch der Finanzkrise gestiegen sind, als Folge der ausgelösten Rezession und der Rettung der Banken. Dem Staat die Schuld in die Schuhe zu schieben, hat viele Vorteile: Die Lösung ist simpel, der Staat soll sparen, man verordnet Schuldenbremsen, alle müssen den Gürtel enger schnallen, es wird immer weniger konsumiert, die Arbeitslosigkeit steigt, die Rezession wird zur endlosen Krise.

Mythos IV ist ein Zitat von Frau Merkel, mit welchem sie die Finanzkrise erläutert habe: „Wir leben über unsere Verhältnisse“. Aber ausgerechnet die Deutschen leben *unter* ihren Verhältnissen, denn sie konsumieren weniger als sie selbst produzieren, sie haben andauernde massive Exportüberschüsse. Das geht aber nur, wenn es auch Defizitländer gibt, die eben über ihren Verhältnissen leben. Und genau diese dauernd gewachsenen Ungleichgewichte sind die Hauptursache der Eurokrise.

Das aber ist bereits das gewichtige Thema des

Mythos V: „Es gibt gar keine Eurokrise, Europa ist wegen der zu hohen Staatsschulden einiger kleiner Länder in der Krise“². Ein Land in einer Währungsgemeinschaft kann nicht mehr seine Währung durch Inflation abwerten, um seine Wettbewerbsfähigkeit zu retten. Eine Währungsgemeinschaft ist also eine Inflationsgemeinschaft, denn ohne Harmonisierung der Wettbewerbsfähigkeiten bezahlen die Defizitländer unaufhörlich die Überschüsse der Starken. Das Ende wird

¹ Prof. Dr., Chefökonom UNCTAD (United Nations Conference on Trade and Development Strategies, Genf)

² Auch das ist ein Zitat, leicht verkürzt, des Deutschen *Bundesbankpräsidenten aus dem Jahr 2011* (!)



unvermeidlich. Die sogenannten Lohnstückkosten (LStK) einer Volkswirtschaft ist der Quotient aus der gesamten Lohnsumme LS und dem BIP, der Gesamtproduktion, $LStK = LS/BIP$. Der Autor zeigt anhand von Daten aus über 50 Jahren einen empirisch gesicherten Zusammenhang (Korrelation) zwischen LStK und Inflation in Europa, und damit auch zwischen LStK und der Wettbewerbsfähigkeit: je tiefer die LStK, desto besser ist die Wettbewerbsfähigkeit. Obwohl zwischen den Staatsschulden und der Inflation kein klarer Zusammenhang besteht, wurden sie komischerweise zum Hauptkriterium für die EWU-Mitgliedschaft erkoren. Aber für eine funktionierende Währungsunion braucht es wie gesagt die notwendige Bedingung ausgeglichener Wettbewerbsfähigkeiten der Mitgliedstaaten, also ein enges Strahlenbündel der LStK-Entwicklung.

Der grosse zerstörerische Abweichler und vom Autor Angeklagte ist das oft als Sieger dargestellte Deutschland. Seit 1999 haben seine Politiker eine stark überlegene Wettbewerbsfähigkeit verfolgt und erreicht; nicht durch überdurchschnittliche Produktivität, sondern mit anhaltendem Lohndruck [u.a. Agenda 2010, Hartz IV, und der Gipfel: durch eine rot-grüne Regierung!].

Mythen VI und VII: „... Die Staaten müssen sparen. Alle müssen ohne Schulden auskommen.“ So denkt nicht nur die schwäbische Hausfrau. Auch gewisse Politiker meinen, dass man mit den Staatsschulden künftige Generationen belaste, und Schulden-wirtschaft ist sowieso unseriös. Sparen ist des Bürgers und des Staates Pflicht. Nun, die Folgen des Sparens wurden schon in Mythos III angedeutet. Und jeder Schuld steht ein Vermögen gegenüber, der Hypothek ein Haus, dem Kredit eine neue Produktionsmaschine, der Staatsschuld 700 Schulhäuser oder ein Gotthardtunnel, usw.

Mythos VIII: „Die Notenbanken inflationieren die Wirtschaft, um die Staaten zu retten.“ Eine verbreitete Lehrmeinung sagt, Inflation sei immer die Folge von zu viel Geld. Das stimmt so nicht. „Zu viel Geld“ ist zwar notwendig, aber nicht hinreichend für eine Inflation. Wenn z.B. sehr viel Geld abfließt als „Finanzmarkt-Munition“, werden die Konsumentenpreise nicht beeinflusst. Auch die Lohnstückkosten ziehen die Preise nach oben, siehe Mythos V.

Mythos IX: „Deutschland wird zum Zahlmeister Europas“. Ein „lender of last resort“, ein Kreditgeber letzter Instanz, hat die Aufgabe, den in Not geratenen Institutionen von volkswirtschaftlicher Bedeutung bei zu stehen. Weil sie beliebig viel Geld herstellen können, sind das die Zentralbanken, in der EWU natürlich die EZB. Diese „Selbstverständlichkeit wurde in der EWU erst in einem schmerzhaften und für die Südeuropäer entwürdigenden politischen Prozess umgesetzt.“. Wie gesagt, die überlegene Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands gefährdet den Fortbestand der EWU. Dringend wird eine konsequente Ausgleichsstrategie der Lohnstückkosten, dazu müssen in Deutschland die Löhne steigen.

Das beantwortet auch den

Mythos X : „>Weiter so< ist eine Option für Deutschland“.

Es folgt ein brillantes **Schlusswort** von 7.5 Seiten mit den drei Untertiteln:

- Die Ökonomen haben eine Welt geschaffen, die sie nicht verstehen /
- Die Politiker, angeführt von Juristen, dilettieren /
- Die Menschen verzweifeln an der Globalisierung, und die Demokratie ist in höchstem Masse gefährdet.

Dr. Walter Meier-Solfrian, Januar 2013